

Anträge

I. Anträge zum Leitantrag Bundeswehr:

1. ANTRAG	ANTRAGSTELLER: JU CALW	
<p>Ersetze Zeile 1 und 2 durch: „Den Rücktritt von Ursula von der Leyen von ihrem Amt als Verteidigungsministerin begrüßen wir angesichts der vergangenen Skandale und des Missmanagements, den Wechsel der CDU-Parteivorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer an die Spitze der Bundeswehr aber nicht. Aufgrund mangelnder Erfahrung oder fachspezifischer Qualifikation, jedoch aber insbesondere aufgrund der vorausgegangenen eindeutigen Absichtserklärung, kein Ministeramt besetzen zu wollen, trägt diese Ablösung in keiner Weise zum Vertrauen in die Bundeswehr und dem damit verbundenen Sicherheitsgefühl noch zur Glaubwürdigkeit der CDU bei. Gleichzeitig muss nun aber mit diesem Wechsel ein neuer Aufbruch für die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland einhergehen.</p>		
<p>BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich</p>		
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>	<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
	<input type="radio"/> ERLEDIGT	
	<input type="radio"/> ABLEHNUNG	

2. ANTRAG	ANTRAGSTELLER: JU CALW	
<p>Zeile 17: „verlorengegangenes“ groß schreiben</p>		
<p>BEGRÜNDUNG: Substantiviertes Verb</p>		
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>	<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
	<input type="radio"/> ERLEDIGT	
	<input type="radio"/> ABLEHNUNG	

3. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU CALW	
Ergänze zum Absatz von Zeile 23 bis 26: „Dazu müssen auch politische Eitelkeiten übersprungen werden und Rüstungsgüter aus Staaten der NATO und nicht ausschließlich aus deutscher Produktion bezogen werden. Dies fördert den Wettbewerb und verbessert das Preis-Leistungsverhältnis der angeschafften Rüstungsgüter.“			
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="radio"/> ERLEDIGT	
		<input type="radio"/> ABLEHNUNG	

4. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU CALW	
Ergänze ab Zeile 31 als neuen Absatz im Bundeswehrpapier: „Ebenfalls kann es nicht sein, dass die Bundeswehr aufgrund nicht funktionierender Panzer, U-Boote, Schiffe, Flugzeuge und derlei ständig in der Presse steht. Dieses Erscheinungsbild ist peinlich und den Deutschland dienenden Männern und Frauen nicht würdig und gehört schleunigst behoben.“			
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="radio"/> ERLEDIGT	
		<input type="radio"/> ABLEHNUNG	

5. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU KARLSRUHE-STADT	
Z. 35: Ergänze folgenden Satz: „Dabei muss transparent und nachvollziehbar sein, wofür die zusätzlichen Mittel verwendet werden sollen.“			
BEGRÜNDUNG: Transparenz schafft Akzeptanz. Nur wenn klar ist, welchen Bereichen der Bundeswehr eine Etaterhöhung zu Gute kommen soll, können wir auch außerhalb der Union eine Mehrheit für die Einhaltung des 2%-Ziels bekommen.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="radio"/> ERLEDIGT	
		<input type="radio"/> ABLEHNUNG	

6. ANTRAG

ANTRAGSTELLER: JU KARLSRUHE-STADT

Ergänze neuen Absatz zwischen Zeile 35 und 36:

„Der Einsatz von Streitkräften im Innern mit militärtypischen Waffen zur Terrorbekämpfung soll ausdrücklich erlaubt werden. Soldatinnen und Soldaten sollen zur Unterstützung der Polizei bei der Abwehr terroristischer Gefahren flexibler herangezogen werden können. Dabei ist gesetzlich möglichst genau zu regeln, wann eine solche Situation vorliegt, um einen raschen Eingriff der Streitkräfte zu ermöglichen.“

BEGRÜNDUNG:

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass es auch im europäischen und deutschen Raum zu terroristischen Bedrohungssituationen kommen kann. Da unsere Polizistinnen und Polizisten bereits heute und abseits solcher Bedrohungslagen personell nicht immer ausreichend ausgestattet sind, halten wir es für sinnvoll, die Möglichkeit einer Hinzuziehung der Streitkräfte flexibler und rechtssicherer zu ermöglichen.

Bislang dürfen die Streitkräfte aber nur in engen Grenzen entweder im Rahmen der Katastrophenhilfe (Art. 35 Abs. 2 S. 2 Var.1, 3 GG), bei einem besonders schweren Unglücksfall (Art. 35 Abs. 2 S. 2 Var. 2 GG oder im Falle des Inneren Notstands (Art. 87a Abs. 4 GG) im Innern mit spezifisch militärischen Waffen eingesetzt werden.

Für den Bereich der Gefahrenabwehr hat das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2012 entschieden, dass Streitkräfte im Inland dann mit spezifisch militärischen Mitteln eingreifen dürfen, wenn eine „ungewöhnliche Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes“ vorliegt. Das zeigt, dass solche Einsätze grundsätzlich verfassungsrechtlich zulässig sein können. Diese Formulierung lässt aber gleichzeitig viel Auslegungsspielraum. Vor diesem Hintergrund wollen wir einerseits die Befugnisse erweitern und andererseits größere Rechtsklarheit sorgen.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

ANNAHME IN GEÄNDERTER FASSUNG
 ERLEDIGT
 ABLEHNUNG

7. ANTRAG

ANTRAGSTELLER: JU CALW

Ergänze ab Zeile 36 als neuen Absatz im Bundeswehrgesetz:

„Die Personalnot wurde viel zu lange ignoriert. Die Bundeswehr muss insbesondere für gut qualifizierte Deutsche deutlich attraktiver werden. Insbesondere das Gebiet der Cyberabwehr benötigt die besten Talente und Spezialisten. Es bedarf einer offensiven Anwerbung gerade auch bei IT-Unternehmen. Arbeitsbedingungen und Bezahlung müssen sich den Bedürfnissen der Tech-Leute anpassen. Die Personalnot darf allerdings nicht dazu führen, dass Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in der Bundeswehr dienen. Wir wollen auch weiterhin eine Bundeswehr, deren Soldaten sich unserem Land und nur diesem verpflichtet fühlen.“

BEGRÜNDUNG:

Ggf. mündlich

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

ANNAHME IN GEÄNDERTER FASSUNG
 ERLEDIGT
 ABLEHNUNG

8. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU CALW	
<p>Ergänze ab Zeile 36 als neuen Absatz im Bundeswehrpapier: „Außerdem muss die Wehrpflicht bzw. der Zivildienst für Männer und Frauen wieder eingeführt werden. Die Wehrpflicht war ein elementarer Bestandteil in der Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr und Bindeglied zwischen Truppe und Gesellschaft, die seit der Aussetzung verlorengegangen ist. Dies ist insbesondere an der steigenden Entfremdung der Bundeswehr von großen Teilen der Gesellschaft zu sehen. Um hier die Brücke zwischen Bundeswehr, aber auch sozialen Diensten und der normalen Bevölkerung wieder herzustellen, braucht es Wehrdienst samt Zivildienst.“</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>		<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="radio"/> ERLEDIGT	<input type="radio"/> ABLEHNUNG

II. Anträge zum Leitantrag Ökologie und Ökonomie:

1. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU CALW	
<p>Vertagung der Diskussion über das Papier zur Energiewende. Unser Vorschlag wäre es, zu der nächsten Bezirksausschusssitzung einen Experten aus dem Bereich Energiewirtschaft einzuladen, um Fachwissen über die Thematik zu erlangen. Beispielsweise könnten Christian Natterer (CDU Ravensburg) in seiner Tätigkeit als Kommunalberater der EnBW oder Ricarda Becker (CDU Calw) in ihrer Tätigkeit als Geschäftskundenbetreuerin für Energiewirtschaft und Fachexpertin für alternative Energien und Antriebsarten eingeladen werden.</p> <p>Bemerkung: Falls dieser Antrag nicht angenommen wird, reichen wir die Änderungsanträge A2 -A4 zu diesem Papier ein.</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Die Thematik der Energiewende kann nicht ohne umfangreiches Hintergrundwissen bezüglich der Möglichkeiten der Energie- und Stromerzeugung, der Netzbetreiber und der aktuellen gesetzlichen Lage diskutiert werden. Zudem haben rechtliche Veränderungen in diesem Bereich umfangreiche Auswirkungen auf Unternehmen, Kommunen und den Endverbraucher, deren wir uns ohne das notwendige Fachwissen nicht bewusst sein können. Da die Zeit zur Einarbeitung in die Anträge für den Bezirkstag begrenzt war, befürchten wir, dass viele nicht das notwendige Verständnis besitzen, um eine inhaltlich korrekte Diskussion darüber zu führen. Damit wir als Junge Union Nordbaden dennoch klare und stichhaltige Forderungen in diese Thematik erarbeiten können, schlagen wir die Vertagung vor, sowie das Hinzuziehen von Experten.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>		<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="radio"/> ERLEDIGT	<input type="radio"/> ABLEHNUNG

2. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU CALW	
Streiche Zeile 10 bis 11 im Umweltpapier: „eine landesweite Pflicht zur Installation von Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern von neuen Nicht-Wohngebäuden sowie“			
BEGRÜNDUNG: Wir sind keine Bevormundungspartei. Solaranlagen können ziemlich unsinnig sein, wenn beispielsweise ein Unternehmen in einem Tal liegt oder Dächer zur Nordseite gelegen sind. Technologieoffenheit war hingegen stets ein Markenkern der Union.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="radio"/> ERLEDIGT	
		<input type="radio"/> ABLEHNUNG	

3. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU KARLSRUHE-STADT	
Ersetze Zeile 10 ff. von „Aus diesem Grund...“ bis „...sowie“ durch: „Aus diesem Grund wollen wir, dass möglichst viele Dächer mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet werden. Auf Dächern von Gewerbegebäuden sollte das Land sofern möglich das Recht erhalten, dort eigene Photovoltaik-Anlagen zu errichten und zu betreiben, wenn der Besitzer dies nicht selbst tut. Außerdem wollen wir...“			
BEGRÜNDUNG: Genauso wenig, wie wir Verbote wollen, wollen wir Unternehmen mit neue Vorschriften und Auflagen belasten. Stattdessen sollte das Land mit gutem Beispiel vorangehen und selbst mehr Photovoltaik-Anlagen aufstellen. Damit sichergestellt ist, dass es dafür genügend Flächen gibt, sollte diese auch auf gewerblich genutzten Gebäuden möglich sein, sofern das betreffende Unternehmen dort selbst keine Photovoltaik-Anlagen aufstellen möchte.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="radio"/> ERLEDIGT	
		<input type="radio"/> ABLEHNUNG	

4. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU CALW	
Ergänze Zeile 21 im Umweltpapier hinter „Gebäuden“: „wo es wirtschaftlich Sinn ergibt.“			
BEGRÜNDUNG: Das Land soll keine Symbolpolitik machen, wo es sich wirtschaftlich nicht rechnet. Ein Rathaus im Tal, welches kaum Sonne abbekommt, sollte keine Solardächer drauf satteln.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="radio"/> ERLEDIGT	
		<input type="radio"/> ABLEHNUNG	

Streiche: Unterpunkt "Windenergie" Z. 23-34 aus Energiepapier.

BEGRÜNDUNG:

Die JU Nordbaden sollte sich (sofern das Thema zum aktuellen Zeitpunkt überhaupt aufgegriffen werden soll) zunächst auf eine einheitliche und klare Argumentationslinie einigen.

Einerseits wird der WEA-Ausbau im Papier (zusammen mit dem PV-Ausbau) als Basis der Energiewende gepriesen. Diese Auffassung kann man entsprechend der persönlichen Haltung teilen. Andererseits sollen dann aber Instrumente gestärkt werden, die den weiteren WEA-Ausbau stark ausbremsen oder sogar gänzlich verhindern werden.

Eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit ist bereits heute gesetzlich vorgeschrieben und wird von der Bevölkerung - insbesondere von Windkraftgegnern, aber auch von Windkraftbefürwortern - intensiv wahrgenommen. Letztere weisen bereits heute professionell und fachlich versiert auf mögliche (Vermarktungs-)Vorteile für die Bürgerschaft hin und sind auf Hinweise der JU Nordbaden nicht angewiesen. Die teils sehr langwierigen öffentlichen Beteiligungsformate sind absolut notwendig, in der Praxis jedoch einer der Haupthinderungsgründe des WEA-Ausbaus. Das Land BW erwägt in Abstimmung mit den zuständigen Stellen zudem bereits heute zusätzliche Beteiligungsformate, über deren Nutzen man ebenso streiten kann.

Den im Antrag zusätzlich geforderten 1000m-Abstand zwischen WEA und Wohnbebauung kann man entsprechend der persönlichen Haltung ebenfalls gutheißen. Da Windenergieanlagen immer höher werden, hat Bayern vorgesorgt und wendet die 10H-Regel an: Höhe Windrad in Metern \times 10 = Abstand in Metern. Können also auch 2.000 Meter oder mehr Abstand sein. Dieser Abstand in Bayern hat dort faktischen zum Erliegen des WEA-Ausbaus geführt.

Die geforderten pauschalen 1.000 Meter Abstand für BW sind also unter Umständen kein unüberwindbares Hindernis beim Ausbau. Steigern wird man diesen damit aber auch nicht, da es schwieriger wird geeignete Standorte zu finden. Laut Antrag will man jedoch den vermehrten Ausbau mit dem pauschalen Abstand verbinden und somit den WEA-Ausbau allgemein erhöhen.

Die Forderungen im Unterpunkt "Windenergie" widersprechen sich somit und wirken passend zur aktuellen Debatte eher aktionistisch.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

ANNAHME IN GEÄNDERTER FASSUNG
 ERLEDIGT
 ABLEHNUNG

6. ANTRAG

ANTRAGSTELLER: JU KARLSRUHE-STADT

Ersetze Zeile 30 ff. durch:

„Weiter befürworten wir einen Abstand zur Wohnbebauung, der für die Anwohner zumutbar ist. Die aktuelle Rechtsprechung dazu halten wir für angemessen. Über runde Tische wollen wir mit Bürgerinitiativen, Kommunen und Betreibern mögliche Wege und Maßnahmen finden, um die Windkraft auch in Baden-Württemberg wo technisch und wirtschaftlich sinnvoll und für Mensch und Umwelt verträglich stetig auszubauen. Das bestehende Forum Energiedialog des Landes Baden-Württemberg soll dazu deutlich ausgebaut werden.“

BEGRÜNDUNG:

Die 1.000 Meter Grenze ist willkürlich ausgewählt. Stattdessen sollten wir uns an der aktuellen Rechtsprechung orientieren, die klar festgestellt hat, was Anwohnern zuzumuten ist. Die durch die Rechtsprechung festgelegten Abstände sind sinnvoll.

Mit dem Forum Energiedialog des Landes Baden-Württemberg gibt es bereits eine Plattform für den Austausch zwischen Beteiligten Akteuren. Dieses Forum sollte nicht unerwähnt bleiben. Es muss stark ausgebaut werden. Außerdem dürfen keine Beteiligten außen vor gelassen werden. Neben Bürgerinitiativen und Betreibern müssen auch die Kommunen selbst intensiv am Dialog beteiligt werden.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

ANNAHME IN GEÄNDERTER FASSUNG
 ERLEDIGT
 ABLEHNUNG

7. ANTRAG

ANTRAGSTELLER: JU MANNHEIM

Ersetze Zeile 36 ff. durch:

„Grundlastkraftwerke gehören noch nicht der Vergangenheit an. Wind- und Solarenergie ergänzen sich noch nicht in ausreichendem Maße, um eine flächendeckende Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Quartierspeicher und flexible Biomasse/Gaskraftwerke und/oder Elektroautos können Schwankungen im Netz noch nicht ausgleichen, wodurch Kapazität und Bedarf nach jetziger Sicht durch den ausschließlichen Einsatz erneuerbarer Energien nicht in Einklang zu bringen sind. Wir fordern eine Speicheroffensive der Bundesregierung sowie innovative Regulationszonen, in denen fernab der restriktiven regulatorischen Vorgaben innovative Geschäftsmodelle ausprobiert werden können. Abgesehen davon positionieren wir uns klar gegen die gleichzeitige Abschaltung von sowohl Kern- als auch Kohlekraftwerken für den Fall, dass die Kapazitäten zu den geplanten Ausstiegszeitpunkten nicht ausreichen, um den Verbrauch zu decken. Wir fordern eine objektive Diskussion unter Berücksichtigung der quantitativen und qualitativen Faktenstruktur.“

BEGRÜNDUNG:

Der gegenwärtige Leistungsbedarf Deutschlands beträgt etwa 84 Gigawatt pro Jahr. Der Strombedarf kann aktuell zwar gedeckt werden, allerdings könnte es bereits 2022 im Zuge der Abschaltung aller Kernkraftwerke auf deutschem Boden zu einem Versorgungsengpass kommen. Konkret ist von einem Defizit von circa 16 Gigawatt die Rede. Aus diesem Grund ist ein ausschließlicher Fokus auf erneuerbare Energien zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zielführend.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

ANNAHME IN GEÄNDERTER FASSUNG
 ERLEDIGT
 ABLEHNUNG

8. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU RHEIN-NECKAR	
Füge ein neuen Absatz: Wälder als Klimaretter Der Klimawandel kann durch nichts so effektiv bekämpft werden wie durch Aufforstung. Bäume zu pflanzen hat das Potenzial, zwei Drittel der bislang von Menschen gemachten klimaschädlichen CO ₂ -Emissionen aufzunehmen. Wir fordern daher, dass die Bundesrepublik Deutschland sich weltweit stärker für Aufforstungsprogramme engagiert. Dieses Engagement soll aber nicht nur die Aufforstung in herkömmlichen Waldgebieten umfassen. Eine Studie der University of Maryland zeigt beispielsweise, wie durch den Einsatz von Photovoltaik und Windkraftanlagen eine sukzessive Begrünung selbst in Regionen wie der Sahara und Sahelzone möglich sein könnte. Wir fordern daher einen Fond zur Finanzierung der praktischen Erprobung solcher visionären Ideen. Allein mit den derzeit eingesetzten Mitteln wird sich der Klimawandel nicht aufhalten lassen.			
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="radio"/> ERLEDIGT	
		<input type="radio"/> ABLEHNUNG	

9. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU RHEIN-NECKAR	
Füge ein neuen Absatz: Die Bahn als Alternative zum Flugzeug Wer mit dem Flugzeug innerhalb Deutschlands unterwegs ist, ist für einen bis zu 13-mal höheren CO ₂ Ausstoß verantwortlich, als ein Bahnfahrer auf derselben Strecke. Trotzdem entschieden sich im vergangenen Jahr 23,5 Millionen Menschen dafür, innerhalb Deutschlands das Flugzeug zu nehmen. Zur Steigerung der Attraktivität der Bahn fordern wir neben der Absenkung der Mehrwertsteuer auf Bahnfahrten auch den weiteren Ausbau von Mobilfunk und LTE Empfang entlang aller Haupttrassen. Allerdings muss die Bahn auch in der Frage der Reisedauer mit dem Flugzeug ernsthaft in Konkurrenz treten. Wir fordern daher, dass auch wieder Zukunftstechnologien wie der Transrapid in Deutschland erprobt und entsprechende Projekte umgesetzt werden. Wir fordern daher den Bau einer Transrapidstrecke von München über Stuttgart und Mannheim bis nach Berlin.			
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="radio"/> ERLEDIGT	
		<input type="radio"/> ABLEHNUNG	

III. Anträge zum Leitantrag Zukunft der CDU:

1. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU CALW	
Ergänze Zeile 50 im Digitalisierungspapier: „Im Adenauer-Haus sollten zudem auch Mitarbeiter vorhanden sein, die rechtzeitig Themen identifizieren, die sich in den Sozialen Medien anbahnen. Nur so können frühzeitig professionelle Gegenreaktionen eingeleitet werden.“			
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="radio"/> ERLEDIGT	
		<input type="radio"/> ABLEHNUNG	

2. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU CALW	
Ergänze Zeile 51 im Digitalisierungspapier: „Ebenso benötigen wir Abgeordnete, die in der Lage sind, richtig mit den Sozialen Medien umzugehen. Viele Abgeordnete schädigen den Ruf unserer Partei durch unprofessionelle Handhabung der Sozialen Medien.“			
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="radio"/> ERLEDIGT	
		<input type="radio"/> ABLEHNUNG	

3. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU CALW	
Ergänze Zeile 52 im Digitalisierungspapier: „Personen, die den in den verschiedenen Verbänden mit Sozialen Medien arbeiten, sollten deutlich stärker miteinander vernetzt werden. Dies kann die Schlagkraft von Kampagnen erhöhen und ermöglicht auch gegenseitige Unterstützung bei Shitstorms.“			
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="radio"/> ERLEDIGT	
		<input type="radio"/> ABLEHNUNG	

IV. Allgemeine Anträge:

1. ANTRAG	ANTRAGSTELLER: JU CALW
<p>Wir fordern, dass der Landesverband der Jungen Union Baden-Württemberg eine Aktion „1.000 Bäume für Baden-Württemberg“ in die Wege leitet. Dabei verpflichtet sich die JU BW 1.000 Bäume bis zum Landtag 2020 zu pflanzen. Diese Anzahl soll auf die einzelnen Kreisverbände, Bezirksverbände und auf den Landesverband aufgeteilt werden. Auf jeden Kreisverband fallen jeweils 20 Bäume (20x41=820), auf die vier Bezirksverbände fallen jeweils 35 Bäume (35x4=140) und auf den Landesverband fallen 40 Bäume. Den Kreisverbänden steht es offen, ob sie die Baumpflanzung auf die Orts- und Gebietsverbände delegieren. Dem Landes- und den Bezirksverbänden steht es indes offen, die Baumpflanzung an die Kreisverbände zu delegieren.</p> <p>Finanziert wird diese Aktion mittels Crowdfunding. Um die Organisation kümmert sich der Landesverband. Dieser soll gezielt Unternehmen anwerben, um Finanzmittel für diese Aktion zu gewinnen. Jeder Kreisverband wirbt außerdem bei einheimischen Firmen und Unions-Mitglieder um Unterstützung. Die Spender können selbst bestimmen wie hoch die Summe beträgt. Pro Baum geht man von 25-50 EUR aus. Über Spendenbescheinigungen können Unternehmen ihre soziale Tat beim Finanzamt einreichen.</p>	
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>(1) Bäume sind die wichtigsten CO₂-Speicher der Erde. Ca. 3 Milliarden Bäume lassen sich auf der Erde finden. Jedoch rodet der Mensch seit Jahrtausenden eine ungemaine Zahl an Bäumen. Bis zu 46% des ursprünglichen Bestands sollen bereits abgeholzt worden sein. Wenn Bäume wachsen, nehmen sie CO₂ aus der Luft auf und bauen den Kohlenstoff des Treibhausgases in ihre Biomasse ein. Was im Holz gebunden ist, kann dem Klima nichts anhaben. Eine neue Studie bescheinigt der Aufforstung eine wichtige Rolle um das 1,5%-Ziel zu erreichen. (URL: www.sueddeutsche.de/wissen/rusland-china-usa-brasilien-klimawandel-wald-baeume-co2-treibhausgas-1.4513739)</p> <p>(2) Das Ziel muss es sein, in Europa und der ganzen Welt aufzuforsten. Der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder hat jetzt angekündigt 30 Mio. Bäume bis 2030 in Bayern zu pflanzen. Auch die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat nach den langen Dürreperioden und dem daraus resultierenden Waldsterben ein Programm zur Aufforstung angekündigt.</p> <p>(3) Diese Aktion soll ein entscheidender Beitrag der JU zum Klimawandel und den daraus resultierenden Klimadebatten sein. Die Aktion ist nicht nur ökologisch sinnvoll und finanziell zu bewerkstelligen, sondern kann jedem einzelnen Kreisverband und dem Landesverband gute Publicity einbringen. Angesichts der evtl. Neuwahlen im Bund und der Landtagswahl 2021 wäre eine gelungene Aktion von positiver Wirkung. Während die Grüne Jugend und „Friday for future“ nur kritisieren und fordern, handelt die Junge Union im Ländle</p> <p>Wir wollen Bäume statt Bevormundung! Mit dieser Aktion können wir Vorreiter sein und tausende Menschen auffordern, jedes Jahr einen Baum zu pflanzen.</p>	
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	<input type="radio"/> ANNAHME <input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="radio"/> ERLEDIGT <input type="radio"/> ABLEHNUNG

2. ANTRAG	ANTRAGSTELLER: JU MANNHEIM	
<p>Der Bezirkstag der Jungen Union Nordbaden möge beschließen: „Die Junge Union (JU) Nordbaden spricht sich für die Abschaffung der Meistergebühren aus.“</p>		
<p>BEGRÜNDUNG: Der Meisterbrief ist eine wichtige berufliche Qualifikation und für unsere Wirtschaft unverzichtbar. Während aber auf der einen Seite Studiengebühren für (Master-)Studiengänge weitestgehend abgeschafft sind, belaufen sich auf der anderen Seite die Kosten für einen Meisterbrief je nach Berufszweig auf 4.000 bis 14.000 Euro. Für uns ist dies eine Ungleichbehandlung für Meisterschüler, welche trotz eines später statistisch gesehen geringeren Gehalts wesentlich höhere Kosten tragen müssen.</p>		
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>	<p><input type="radio"/> ANNAHME</p> <p><input type="radio"/> ERLEDIGT</p> <p><input type="radio"/> ABLEHNUNG</p>	<p><input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p>

3. ANTRAG	ANTRAGSTELLER: JU MANNHEIM	
<p>Der Bezirkstag der Jungen Union Nordbaden möge beschließen: „Die Junge Union (JU) Nordbaden spricht sich für die Wiedereinführung der Meisterpflicht aus.“</p>		
<p>BEGRÜNDUNG: Grundvoraussetzung für eine Ausbildung im Handwerk ist die Betreuung durch einen Meister oder einen äquivalent qualifizierten Ausbilder. Mit der Abschaffung des Meisterzwangs für einige Gewerke sind die Ausbildungszahlen in diesen Gewerken deshalb deutlich gesunken. Durch Wiedereinführung der Meisterpflicht kann diesem Abwärtstrend entgegengewirkt werden. Auch die bessere Qualität im Handwerk, die mit einem Meister einhergeht, spricht für die Wiedereinführung.</p>		
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>	<p><input type="radio"/> ANNAHME</p> <p><input type="radio"/> ERLEDIGT</p> <p><input type="radio"/> ABLEHNUNG</p>	<p><input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p>

4. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU MANNHEIM	
<p>Der Bezirkstag der Jungen Union Nordbaden möge beschließen: „Die Junge Union (JU) Nordbaden spricht sich für regelmäßige Kontrollen von Ausbildungsbetrieben hinsichtlich der Einhaltung der Ausbildungsinhalte aus. Bei wiederholten Verstößen ist die Erlaubnis junge Menschen auszubilden zu entziehen.“</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Unsere Auszubildenden dürfen keine günstigen Arbeitskräfte für ausbildungsfremde Tätigkeiten sein. Eigentliches Ziel der beruflichen Ausbildung ist das Erlernen aller Facetten eines Berufs. Einige der Auszubildenden haben jedoch das Gefühl, in ihren Ausbildungsbetrieben nicht richtig auf den Beruf vorbereitet zu werden. Insbesondere bemängeln sie sich anhäufende Überstunden, die Übertragung von Hilfstätigkeiten und eine nicht ausreichende Wissensvermittlung. Damit unsere Auszubildenden das breite Aufgabenspektrum, welches das jeweilige Handwerk traditionell mit sich bringt, vollumfänglich erlernen können, bedarf es regelmäßiger Kontrollen der Betriebe hinsichtlich der Einhaltung der Ausbildungsinhalte.</p>			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="radio"/> ERLEDIGT	<input type="radio"/> ABLEHNUNG

5. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU MANNHEIM	
<p>Der Bezirkstag der Jungen Union Nordbaden möge beschließen: „Die Junge Union (JU) Nordbaden setzt sich für den vermehrten Abschluss von Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und Handwerksbetrieben sowie den Ausbau der Berufsorientierung insbesondere an Gymnasien ein.“</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Die Reformen der letzten Jahrzehnte im deutschen Bildungssystem haben zu einem massiven Anstieg der Anmeldungen an deutschen Gymnasien und Hochschulen geführt. Gleichzeitig fehlt immer mehr Ausbildungsbetrieben der Zugang zu jungen Menschen. Dies stellt die duale Ausbildung, für die Deutschland weltweit bewundert wird und die als wesentlicher Faktor für eine geringe Jugendarbeitslosigkeit gilt, vor große Nachwuchssorgen. Durch o.g. Maßnahmen soll jungen Menschen die große Bandbreite an Handwerksberufen – vom traditionellen Handwerk bis hin zu hoch technisierten Berufen – vermittelt und so andere Perspektiven aufgezeigt werden.</p>			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="radio"/> ERLEDIGT	<input type="radio"/> ABLEHNUNG

6. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU MANNHEIM	
<p>Der Bezirkstag der Jungen Union Nordbaden möge beschließen: „Die Junge Union (JU) Nordbaden spricht sich für den Ausbau des Leonardo da Vinci Programms (Unterprogramm von Erasmus+) aus.“</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich</p>			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	
		<input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

7. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU MANNHEIM	
<p>Der Bezirkstag der Jungen Union Nordbaden möge beschließen: „Die Junge Union (JU) Nordbaden spricht sich für Fahrkostenzuschüsse für Auszubildende, die zwischen zwei und mehr Verkehrsverbänden pendeln müssen, aus.“</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Auszubildende müssen mobil sein. Viele junge Azubis sind zu Beginn ihrer Berufsausbildung auf den Öffentlichen Personennahverkehr angewiesen, da sie noch keinen Führerschein besitzen. Wer zwischen zwei Verkehrsverbänden pendelt, muss dabei häufig hohe Kosten für das Anschlussticket auf sich nehmen.</p>			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	
		<input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

8. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU RHEIN-NECKAR	
<p>Die Junge Union Nordbaden fordert, dass die Kernenergie weiterhin Bestandteil des Energiemix der Bundesrepublik Deutschland bleibt, bis die Energiegewinnung aus erneuerbaren Energiequellen eine versorgungssichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten kann. Die noch im Betrieb befindlichen Atomkraftwerke, die bis 2022 abgeschaltet werden sollen, sollen weiterhin am Netz bleiben und Atomkraftwerke, die vorher abgeschaltet wurden, aber sich noch nicht im Rückbau befinden und in sicherem, leistungsfähigem Zustand sind, sollen unter diesen Gesichtspunkten den Betrieb wiederaufnehmen können.</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Um möglichst schnell eine Dekarbonisierung der Energieversorgung zu erreichen, muss eine technologieoffene und ideologiefreie Entscheidung getroffen werden, die auch die Kernenergie von vornherein nicht ausschließt. Deutschland hat durch den überstürzten Ausstieg aus der Atomenergie die gesamtwirtschaftlich positive Renditeerwartung durch die Nutzung dieser Energiegewinnungsform zerstört. Anstatt eines übereilten Ausstiegs mit festen Laufzeiten und fixen Enddaten wäre eine Orientierung an den realgegebenen Bedingungen notwendig. Angesichts der sich abzeichnenden Tendenz eines steigenden Energiebedarfs unter anderem durch die Elektrifizierung der Automobilindustrie, bietet die Atomenergie eine leistungsstarke und verlässliche Versorgung.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>		<p><input type="radio"/> ANNAHME <input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="radio"/> ERLEDIGT <input type="radio"/> ABLEHNUNG</p>	

9. ANTRAG		ANTRAGSTELLER: JU RHEIN-NECKAR	
<p>Die JU Nordbaden fordert die Christlich-Demokratische Union Deutschlands und die Christlich-Soziale Union in Bayern mit all ihren Vereinigungen und Sonderorganisationen auf, anzuerkennen, dass es zur Identität der beiden Unionsparteien gehört, christlich-soziale, wertkonservative und wirtschaftsliberale Kräfte zu vereinen und gleichberechtigt in die Parteiarbeit einzubinden.</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Durch eine jahrelange Vernachlässigung bürgerlicher, wertkonservativer und wirtschaftsliberaler Positionen innerhalb der Union ist eine zunehmende Lagerbildung zu erkennen, die der Partei sowohl äußeren als auch inneren Schaden zufügt. Viele Wähler haben sich in den letzten Jahren von der Union abgewendet, da sie sich nicht mehr ausreichend vertreten fühlen. Es ist daher dringend notwendig, dass sich die Union wieder als Schmelztiegel von Positionen aus der politischen Mitte und bürgerlicher, mitte-rechts-Positionen versteht.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>		<p><input type="radio"/> ANNAHME <input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="radio"/> ERLEDIGT <input type="radio"/> ABLEHNUNG</p>	

10. ANTRAG	ANTRAGSTELLER: JU RHEIN-NECKAR	
<p>Die Junge Union Nordbaden fordert die Bundestagsfraktion der CDU/CSU und die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament auf, eine europäische Arbeitslosenversicherung und einen europäischen Mindestlohn weiterhin strikt abzulehnen.</p>		
<p>BEGRÜNDUNG: Die CDU und die CSU sind bei der Europawahl mit dem Versprechen angetreten, dass die Mitgliedstaaten für die sozialen Sicherungssysteme verantwortlich bleiben sollen. Zudem ist die Gestaltung der Wirtschaftspolitik Aufgabe der Mitgliedsstaaten. Das Subsidiaritätsprinzip und die Eigenverantwortlich der Mitgliedstaaten sind prägende Merkmale der Unionsparteien und gewährleisten, dass nationale Regierungen die für ihre Staaten passenden Systeme unterhalten können.</p>		
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>	<input type="radio"/> ANNAHME <input type="radio"/> ERLEDIGT <input type="radio"/> ABLEHNUNG	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG

11. ANTRAG	ANTRAGSTELLER: JU RHEIN-NECKAR	
<p>Die JU Nordbaden fordert die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung, welche die deutsche Wettbewerbsfähigkeit und Technologieführerschaft effektiv stärkt und ein Signal an den international tätigen deutschen Mittelstand sendet, seine Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen weiterhin in Deutschland durchzuführen.</p>		
<p>BEGRÜNDUNG: Die JU Rhein-Neckar begrüßt, dass die Bundesregierung die Zeichen der Zeit erkannt hat und die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung, in Ergänzung zur bestehenden Projektförderung, plant. Allerdings erscheint eine Begrenzung der Förderung auf 500.000 Euro pro Unternehmen und Jahr nicht zielführend. Eine Begrenzung der Förderung auf 500.000 Euro wird den Forschungs- und Entwicklungsstandort Deutschland nicht nennenswert voranbringen und die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands kaum verbessern. Größere Mittelständler, wie sie für den Wirtschaftsstandort Deutschland typisch sind, werden durch den aktuellen Referentenentwurf nur unzureichend erfasst. Es ist nicht ersichtlich, weshalb die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten dieser Unternehmen über die betragsmäßige Begrenzung nicht förderungswürdig sein sollten. Aus diesem Grund fordert die JU Rhein-Neckar eine steuerliche Forschungsförderung, die die deutsche Wettbewerbsfähigkeit und Technologieführerschaft effektiv stärkt und ein Signal an den deutschen Mittelstand sendet sowie Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen in Deutschland aus dem Ausland erhöht.</p>		
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p>	<input type="radio"/> ANNAHME <input type="radio"/> ERLEDIGT <input type="radio"/> ABLEHNUNG	<input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG

Der Bezirkstag möge beschließen, dass die Junge Union Nordbaden sich dafür einsetzt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Zukunft privatisiert und von der staatlichen Finanzierung befreit wird.

BEGRÜNDUNG:

Der öffentliche Rundfunk prägt die moderne Medienlandschaft erheblich und hat daher auch großen Einfluss auf das allgemeine Meinungsbild in der Bevölkerung. Da die reichweitestarken politischen Angebote an Late-Night-Shows (Heute Show, Extra 3, Die Anstalt, Böhmermann...) sowie das an Jugendliche gerichtete Internetangebot Funk tendenziell stark links geprägt ist, entsteht ein öffentlich finanziertes Ungleichgewicht zu Ungunsten der politischen Mitte und Konservativen. Der Staat soll sich nicht weiter an einseitiger politischer Meinungsmache beteiligen.

Zudem bietet der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein Unterhaltungsangebot an, das sich in Zeiten eines breiten Angebots an Privatfernsehen und YouTube überlebt hat. Es gibt keinen Grund, Sendungen wie "Sturm der Liebe" oder "Rote Rosen" zu subventionieren.

Dabei soll bewusst kein bestehendes Angebot abgeschafft werden, stattdessen soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk privatisiert werden.

Mit der ausschließlichen Werbefinanzierung geht eine Abschaffung des Rundfunkbeitrags einher.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

ANNAHME IN GEÄNDERTER FASSUNG
 ERLEDIGT
 ABLEHNUNG

Die Junge Union Nordbaden fordert, als Modellversuch kontrollierte Cannabisabgabestellen einzurichten und deren Auswirkung auf Kriminalität und Schädigungspotential wissenschaftlich zu erforschen. Die Steuereinnahmen durch den Modellversuch sollen zweckgebunden der Information über und Prävention von Drogenkonsum zugutekommen.

BEGRÜNDUNG:

Im April letzten Jahres sind in Illinois zwei Menschen gestorben und 54 wurden aufgrund innerer Blutungen ins Krankenhaus eingeliefert. Grund war der Konsum synthetisch verunreinigten Marihuanas. Berichte wie diese sind keine Einzelfälle und zeigen das erhebliche Schadenspotential künstlicher Drogen. Ersatzdrogen für Cannabisprodukte erhalten ihre Popularität durch immer neue Gesetzeslücken, da neuartige Stoffe bisherige Substanzkontrollen umgehen können und durch den nicht vorhandenen Verbraucherschutz auf dem Cannabismarkt. Der Einsatz von Streck- und Ersatzstoffen übersteigt, gerade bei Cannabis, in Maßen der Schädlichkeit die Auswirkungen der Droge um ein vielfaches. Da die bisherige Prohibitions politik, die einen effektiven Verbraucherschutz zur Verhinderung von Drogentoten und sonstige Schädigungen, faktisch keine Erfolge außer Polizei- und Gerichtskosten in Milliardenhöhe verursacht hat, ist es an der Zeit für die JU sich hin zu einer Cannabispolitik zu auszurichten, die den Menschen schützt statt ihn zu kriminalisieren. Als Modellversuch soll deshalb ein staatlich kontrollierter, besteufter und sicherer Erwerb von Cannabis an qualifizierten Abgabestellen möglich sein.

Diese Akzeptanz eines sicherheitsorientierten Ansatzes in der Substanzkontrollpolitik bietet zudem die Möglichkeit der Austrocknung der Banden- und Terrorfinanzierung, da sich entsprechende kriminelle Vereinigungen mitunter aus Cannabishandel finanzieren. Diese Geldströme werden dadurch in die legale, gewaltfreie und überwachte Wirtschaft sowie über Besteuerung in die Staatskasse umgeleitet und können in eine Drogenbekämpfungspolitik auf der Basis besserer Informations- und Hilfsprojekte umgeleitet werden. Durch die Modellversuche ist keine Erhöhung des Drogenkonsums zu erwarten, da, erkennbar an der Verteilung des Cannabiskonsums über Europa, in den liberaleren Staaten Westeuropas keine höheren Werte zu verzeichnen sind.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

ANNAHME IN GEÄNDERTER FASSUNG
 ERLEDIGT
 ABLEHNUNG

Erprobung künstlicher Intelligenz in der Finanzverwaltung

Die Junge Union Nordbaden fordert die Erprobung künstlicher Intelligenz im Rahmen der Veranlagung von Steuererklärungen.

BEGRÜNDUNG:

Die Fehlererkennung in Datensätzen auf Basis bereits analysierter ähnlicher Datensätze ist ein Spezialgebiet künstlicher neuronaler Netze. Eingehende Steuererklärungen bestehen ausschließlich aus Beträgen die bereits bestimmten Kennziffern zugeordnet sind. Es handelt sich somit um relativ kleine und einfach strukturierte Datensätze. Vergleichbare, bereits analysierte Datensätze liegen in Form der bereits veranlagten Erklärungen aus Altjahren millionenfach vor.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

ANNAHME IN GEÄNDERTER FASSUNG
 ERLEDIGT
 ABLEHNUNG

Leitanträge für Schlagzeilen statt Schubladen

Die Verfasser unserer Leitanträge stecken viel Zeit und Arbeit in die Erstellung unserer Leitanträge. Die entgegenkommende öffentliche Wahrnehmung hingegen ist relativ gering. Dabei sollten doch gerade die Bezirksverbände die inhaltlichen Motoren sein, die den Landesverband antreiben und die CDU nach vorne bringen. Wir schlagen daher ein anderes Vorgehen bei der Leitantragserfassung vor: 1. Unsere Leitanträge sollten ein hohes Niveau und neue Impulse setzen. Dafür ist ein hohes Maß an Wissen erforderlich. Hierfür wäre es hilfreich sich im Vorhinein mit den entsprechenden betroffenen Gruppierungen zusammensetzen, sich deren Situationsanalyse zum Thema und Meinungen zu Vorschlägen anzuhören. Dies hätte den positiven Nebeneffekt, dass wir auch wieder stärker von diesen Gruppierungen wahrgenommen werden. Zudem wäre dies auch eine Möglichkeit der Mitgliedereinbindung. Dafür ist es zwangsläufig notwendig, dass Themen rechtzeitig festgelegt werden um die notwendige Anlaufzeit zu haben. 2. Ein Leitantrag, der lediglich alte Vorschläge wieder hervor bringt, beinhaltet keinen Nachrichtenwert und ist es somit auch nicht berichtenswert. Für fordern daher neue, verständliche und nicht hochspezialisierte Forderungen in unseren zukünftigen Leitanträgen. 3. Die Beratung von Änderungsanträgen benötigt Zeit. Die Kreisverbände sollten mindestens 3 Wochen Zeit haben, um über den fertigen Entwurf zu diskutieren. Schließlich sollte es auch möglich sein, dass die Kreisverbände Sitzungen vorher einberufen können und nicht alles in Whatsapp-Gruppe diskutieren müssen.

Die Verfasser unserer Leitanträge stecken viel Zeit und Arbeit in die Erstellung unserer Leitanträge. Die entgegenkommende öffentliche Wahrnehmung hingegen ist relativ gering. Dabei sollten doch gerade die Bezirksverbände die inhaltlichen Motoren sein, die den Landesverband antreiben und die CDU nach vorne bringen. Wir schlagen daher ein anderes Vorgehen bei der Leitantragserfassung vor:

1. Unsere Leitanträge sollten ein hohes Niveau und neue Impulse setzen. Dafür ist ein hohes Maß an Wissen erforderlich. Hierfür wäre es hilfreich sich im Vorhinein mit den entsprechenden betroffenen Gruppierungen zusammensetzen, sich deren Situationsanalyse zum Thema und Meinungen zu Vorschlägen anzuhören. Dies hätte den positiven Nebeneffekt, dass wir auch wieder stärker von diesen Gruppierungen wahrgenommen werden. Zudem wäre dies auch eine Möglichkeit der Mitgliedereinbindung. Dafür ist es zwangsläufig notwendig, dass Themen rechtzeitig festgelegt werden um die notwendige Anlaufzeit zu haben.

2. Ein Leitantrag, der lediglich alte Vorschläge wieder hervor bringt, beinhaltet keinen Nachrichtenwert und ist es somit auch nicht berichtenswert. Für fordern daher neue, verständliche und nicht hochspezialisierte Forderungen in unseren zukünftigen Leitanträgen.

3. Die Beratung von Änderungsanträgen benötigt Zeit. Die Kreisverbände sollten mindestens 3 Wochen Zeit haben, um über den fertigen Entwurf zu diskutieren. Schließlich sollte es auch möglich sein, dass die Kreisverbände Sitzungen vorher einberufen können und nicht alles in Whatsapp-Gruppe diskutieren müssen.

BEGRÜNDUNG:

Ggf. mündlich

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

ANNAHME IN GEÄNDERTER FASSUNG
 ERLEDIGT
 ABLEHNUNG